Einleitung

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Jahrbuch für Solothurnische Geschichte**

Band (Jahr): **83 (2010)**

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Einleitung*

«Kommt das Kernkraftwerk Gösgen?» Diese Frage stellte das Oltner Tagblatt am 13. September 1969 auf seiner Frontseite und informierte damit erstmals breitere Bevölkerungskreise über die Pläne zum Bau eines Atomkraftwerks im Solothurnischen Niederamt.[1] Im Bericht wurde die Ratifizierung eines Konsortialvertrags verkündet, mit dem verschiedene Unternehmen aus dem Kraftwerksbereich ihre Zusammenarbeit beim Projekt für ein Atomkraftwerk in der Nähe von Gösgen beschlossen hatten. In der Schweiz waren seit Mitte der 1960er-Jahre verschiedene Konsortien mit der Planung von Atomkraftwerken beschäftigt. Insgesamt waren zehn verschiedene AKW-Projekte bekannt, die entlang des Aare-Rhein-Systems hätten verwirklicht werden sollen. Die Pläne für ein Atomkraftwerk in Gösgen lagen bei der Aare-Tessin AG für Elektrizität (ATEL) bereits im Jahr 1966 auf dem Tisch. Die in Olten ansässige Firma liess damals in der Region erste Abklärungen vornehmen, welche die Eignung des Standortes Gösgen für den Bau eines Atomkraftwerks bestätigten. Bis zur Inbetriebnahme der Anlage im Jahr 1979 sollte es aber noch ein weiter Weg sein. Das Projekt Kernkraftwerk Gösgen musste sich einerseits innerhalb der Elektrizitätsbranche durchsetzen, andererseits zahlreiche bewilligungspolitische Hürden nehmen. Die Planungs- und Bauzeit gestaltete sich langwieriger und komplizierter, als die Projektanten sich dies am Anfang wohl vorgestellt hatten. Als das Kernkraftwerk Gösgen schliesslich 1979 ans Netz ging, war es das erste Atomkraftwerk in der Schweiz, das trotz Widerstand aus der Bevölkerung den Betrieb aufnahm. Rund um das Jahr 1970 waren die ersten drei AKWs der Schweiz ohne nennenswerte Opposition in Betrieb genommen worden. Bereits das AKW-Projekt in Kaiseraugst, dessen Planung lange Zeit fortgeschrittener war als dasjenige von Gösgen, erfuhr auf Grund des Widerstands aus der Bevölkerung grosse Verzögerungen. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre kam es dann auch in Gösgen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen das geplante AKW. Diese seien aber, so legte die Darstellung der Standortgemeinde Däniken nahe, in erster Linie von AKW-Gegnern aus den grossen urbanen Zentren getragen worden. Die Menschen in der Region hätten sich bei den grossen Massenaufmärschen im Jahr 1977 gegen «Gösgen» nicht beteiligt. Wurde das Atomkraftwerk-Projekt in der Region also ohne Vorbehalte willkommen geheissen?

* Die vorliegende Lizentiatsarbeit in Neuster Geschichte, 2008 an der Universität Bern eingereicht, wurde für die vorliegende Publikation leicht überarbeitet.

[1] Oltner Tagblatt vom 13. 9. 1969, 1.

Gab es keine regionale Opposition, die sich gegen ein AKW «vor der Haustüre» stark gemacht hätte? Und welche Position nahmen die Däniker Behörden ein? Diesen Fragen will die vorliegende Arbeit nachgehen.

Wie bei den Untersuchungen methodisch vorgegangen wurde und welche Quellen dabei Verwendung fanden, wird im ersten Kapitel dargelegt. Dort wird auch ein kurzer Überblick über den Forschungsstand und die verwendete Literatur gegeben. Schliesslich werden auch die Erkenntnisinteressen und der Rahmen der Untersuchung festgelegt, bevor dann zum Schluss dieses ersten Kapitels einige sprachliche Aspekte des Untersuchungsgegenstands angesprochen werden.

Im zweiten Kapitel werden die Hintergründe des Projekts «Kernkraftwerk Gösgen» aufgearbeitet. Zuerst findet eine Einbettung in die allgemeine Geschichte der Atomenergienutzung in der Schweiz statt, wobei auch auf die Gesetzgebung und die Förderungspolitik des Bundesrats eingegangen wird. Danach wird unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Solothurner Regierung die politische Vorgeschichte des Projekts aufgerollt. Anschliessend wird kurz auf die technischen Aspekte des Projekts und die Trägerschaft eingegangen, bevor das Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke am Beispiel Gösgen erläutert wird.

Das dritte Kapitel widmet sich der Standortgemeinde Däniken, auf deren Boden das Kraftwerk zu über 90 % steht. Zum Einstieg werden die Rahmenbedingungen der Gemeinde Däniken in den 1960er-Jahren beleuchtet, wobei insbesondere auch auf die Organisation des Gemeinderats eingegangen wird. Anschliessend werden in mehreren Unterkapiteln verschiedene Aspekte der gemeinderätlichen Arbeit untersucht. Neben der Meinungsbildung und der Informationstätigkeit finden auch einzelne Geschäfte des Gemeinderats, die in Zusammenhang mit dem AKW-Projekt standen, Erwähnung.

In Kapitel 4 widmet sich die Arbeit dann dem regionalen Widerstand, wobei eingangs auch kurz auf die gesamtschweizerische Entwicklung der Haltung gegenüber Atomkraftwerken Anfang der 1970er-Jahre eingegangen wird. Nach der Darlegung der damaligen Stimmung im solothurnischen Niederamt werden dann anhand der Einspracheschriften gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen die in der Region vorhandenen Argumente gegen das AKW aufgezeigt, bevor dann konkret auf die Aktion Pro Niederamt, eine überparteiliche Widerstandsorganisation aus der Region, eingegan-

gen wird. Das Kapitel endet mit Ausführungen über die Reaktion der Gemeindebehörden und der Bauherrschaft auf die aufkommende Opposition.

In einem Epilog wird schliesslich die weitere Entwicklung des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen jenseits des Untersuchungszeitraums skizziert, wobei auch dort die Reaktion der Gemeinde Berücksichtigung findet. In den anschliessenden Schlussbetrachtungen werden die Erkenntnisse aus den einzelnen Kapiteln zu einem Gesamtbild zusammengefügt und abschliessend beurteilt.

Die vorliegende Arbeit versucht die Ereignisse rund um die Realisierung des AKW-Projekts in Gösgen miteinander zu verknüpfen und dabei die unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen Akteure zu berücksichtigen. Sie ist geprägt vom Fokus auf die Behörden der Gemeinde Däniken, deren Arbeit zwischen den Forderungen der Bauherrschaft und den Vorwürfen der regionalen Opposition ein zentraler Drehpunkt der regionalen Ereignisse war. Gleichzeitig wird aber auch die Gegnerschaft mit ihren Beweggründen ausgeleuchtet. Die Betrachtung dieser zwei Akteursgruppen soll die Ereignisse der damaligen Zeit nachvollziehbarer machen und zum Verständnis der Handlungen derjenigen Menschen, die sich damals für oder gegen das Kernkraftwerk Gösgen engagiert haben, beitragen.

1. Konzeptuelle Überlegungen

1.1. Erkenntnisinteressen und Eingrenzung

Von der eingangs skizzierten Situation ausgehend, stellt sich die Frage, wie sich in der Standortregion des Kernkraftwerks Gösgen die Haltung zum Projekt entwickelte und ob das AKW in der Region wirklich von Anfang an willkommen geheissen wurde. Die erste forschungsleitende Frage, die für die vorliegende Arbeit gewählt wurde, lautet: Wie wurde das Projekt für ein AKW in Gösgen in der Region aufgenommen? Dabei richtet sich das Interesse vor allem auf die regionale Bevölkerung und ihre Reaktionen auf das geplante AKW, wobei geklärt werden soll, inwiefern es Widerstand aus der regionalen Bevölkerung gab. Auf die Haltungen der verschiedenen Einwohnergemeinden der Region kann nur am Rande eingegangen werden. Die Ausnahme soll dabei die Gemeinde Däniken bilden, auf deren Boden das Kernkraftwerk Gösgen zu grössten Teilen liegt. Die Däniker Behörden hatten sich ausgiebig mit dem Projekt zu befassen